

## Auf der Suche nach Kohärenz

### Anpassungsprozesse der deutschen und der britischen politischen Kultur an der Schwelle zu den neunziger Jahren

Roland Sturm

Deutschen und Briten wurden durch die jeweiligen nationalen politischen Ereignisse Ende der achtziger Jahre das Gefühl vermittelt, daß für ihre Gemeinwesen ein - wenn auch in seiner Qualität umstrittener - historischer Einschnitt zu verzeichnen sein dürfte. Gewißheiten, die mehr oder weniger langfristig zu einem beträchtlichen Teil die "politisch-kulturelle Grundausstattung" der beiden Länder prägten, wurden in Frage gestellt. Dies geschah vor dem Hintergrund von einschneidenden Veränderungsprozessen, die wohl in ihrer Gesamtheit nicht ohne Konsequenzen für die politisch-kulturelle Tiefenstruktur der beiden Gesellschaften bleiben dürften. Der Ansatz der Politischen Kultur-Forschung ist kein Instrument, mit dem versucht wird, die Frage nach dem Wert oder Unwert solcher Veränderungsprozesse zu stellen. Seine Haupttugend ist vielmehr die Herausarbeitung der Triebkräfte des Attitüdenwandels. Der Wandel selbst bedarf der Rechtfertigung nicht, wird aber auch nicht, wie dies die Nationalcharakterforschung unseligen Andenkens tut, gelehnet. Nur ein solchermaßen fehlgeleiteter Forschungsansatz konnte, wie in peinlicher Weise in Margaret Thatchers Seminar über die Deutschen vom März 1990 in Chequers geschehen<sup>1</sup>, *a priori* sich auf die Unvergleichbarkeit und Spezifität einer Nation einlassen und die doppelte Ebene des synchronen und diachronen Vergleichs ausblenden. Auch wenn, trotz vieler Forschungsanstrengungen, die Verbindung von Attitüdenwandel, der sich in erster Linie auf individuelle Verhaltensdispositionen bezieht, und gesellschaftlichem Wandel noch keineswegs theoretisch modellhaft völlig geklärt scheint<sup>2</sup>, soll hier der Versuch gemacht werden, zu Aussagen über die Konsequenzen gesellschaftlichen Wandels auf soziale Bindewirkungen in der britischen und der deutschen Gesellschaft zu kommen.

Die These, die hier untermauert werden soll, lautet, daß wir jetzt und in Zukunft sowohl in Großbritannien als auch in Deutschland eine **Erosion des nationalen politik- und institutionenvermittelten Konsensbildungspotentials** beobachten. Die Prozesse, die hierzu einen Beitrag leisten, sind äußerst komplex und wirken auf mehreren Ebenen, was u.a. dazu führt, daß die Grenzlinien zwischen bewußt registriertem und unmerklich sich vollziehendem gesellschaftlichem Wandel für den einzelnen Bürger verschwimmen. Hier kann nicht auf alle Mosaiksteine, die zum obigen Befund beitragen, eingegangen werden. Wichtige Themen, wie die Herausbildung und subkulturelle Dynamik der multikulturellen Gesellschaften in Deutschland und Großbritannien, sowie die Internationalisierung (bzw. Amerikanisierung) der Kultur- und Medienwelt beider Länder müssen unberücksichtigt bleiben.

Anhand von drei Beispielen soll aber zumindest ansatzweise gezeigt werden, wie und warum der Haushalt an gesellschaftlicher Kohärenz im nationalen Rahmen sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien allmählich abschmilzt. Erörtert werden:

- a) die strukturellen Ähnlichkeiten des Endes der Ära der deutschen Teilung und des Endes der Ära Thatcher;
- b) die ökonomischen und gesellschaftlichen Erosionserscheinungen, die von der Europäischen Integration ausgehen, und
- c) der Regionalisierungsdruck, der in der Bundesrepublik die Länder anregte, eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips zu fordern, und in Großbritannien wohl als erstes zur Aktualisierung des Schottlandproblems beiträgt.

## **I. Die neue "Fremdheit" des Politischen: Individualisierung**

Der Rücktritt Margaret Thatchers vom Amt des Premierministers und die deutsche Einigung wurden jeweils auf nationaler Ebene als tiefe politische Einschnitte empfunden. Thematisch sind beide Ereignisse unvergleichbar. Vergleichbar ist aber, daß in beiden Fällen ein - zugegebenermaßen in unterschiedlicher Weise - umfassendes "belief system" über die Rahmenbedingungen nationalen politischen Handelns aus der offiziellen Diktion und Symbolik verschwand, von dem man zwar immer wußte oder im deutschen Falle zumindest vorgab zu wissen, daß es nur von transitorischer Qualität sei, das aber durch sein relativ zähes Überleben eine gewisse Eigenqualität

gewonnen hatte. Im deutschen Falle war dies die Nachkriegsrealität der beiden deutschen Staaten, im britischen die zum 'Ismus' geronnene persönliche und politische Dominanz der Premierministerin<sup>3</sup>. Was aber füllt die so entstandene Lücke, bzw. anders gefragt, wie definiert der einzelne Brite und der einzelne Deutsche nach den genannten Ereignissen nun die konzeptionelle Logik des Politischen ?

In Deutschland-Ost wurde das staatliche, aber eben nicht nur staatliche Bewußtsein der Sonderung einer sozialistischen Nation DDR<sup>4</sup> zu Grabe getragen. Ihre Kehrseite jedoch, die DDR-Referenzkultur, die sich im Protest gegen das Parteiestablishment und die offizielle Phraseologie der vorgegebenen Sinndeutung oder auch nur in apathischer Ablehnung und Flucht in die gesellschaftlichen Nischen dadurch konstituierte, daß sie Versatzstücke vermeintlicher oder tatsächlicher westdeutscher Realität zum Maßstab für privates Glück und Lebensqualität erhob, diese Referenzkultur gewann und gewinnt noch an Bedeutung, zumindest zeitweilig. Sie wirkte als Triebfeder hinter der Fluchtbewegung in den Westen und ist heute - wenn auch durch die nun bestehende Möglichkeit - wirklichkeitsnäher geworden, idealisierte Abstraktionen im westdeutschen Alltag durch eigene Anschauungen zu korrigieren - die Meßlatte für Systemakzeptanz im Osten Deutschlands. Legitimatorisch untermauert wird dies u.a. durch die Grundgesetzforderung des Artikels 72(3), der die Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse über das Gebiet eines Bundeslandes hinaus zur staatlichen Aufgabe macht.

Die alte Bundesrepublik, in Richard von Weizsäckers Worten "ein weltweit geachteter Staat", in dem es nie "einen besseren Schutz der Freiheitsrechte des Bürgers als heute" gab und in dem "ein dichtes soziales Netz, das den Vergleich mit keiner anderen Gesellschaft zu scheuen braucht,... die Lebensgrundlage der Menschen (sichert)"<sup>5</sup>, ist nun mit der Aufgabe konfrontiert, nach innen das Erreichte in West und Ost zu garantieren und außenpolitisch die Mittelmachtposition neu zu definieren. Es gibt heute keinerlei Anzeichen dafür, daß die Bürger im Westen dabei sind, die von Weizsäcker genannten Interpretationsmuster politischer und gesellschaftlicher Realität aufgeben zu wollen. Damit erwächst aus dem Kohärenz fördernden Wunsch nach Angleichung der früher getrennten Teile Deutschlands kein Bestreben der Förderung eines mittleren Ausgleichs. Für dieses, so scheint es, fehlt, wie Claus Offe kritisch anmerkte, die politisch mobilisierbare und mobilisierte "solide national-kulturelle, wie auch demokratisch-kulturelle Fundierung der Einheit."<sup>6</sup> Vielmehr wird es, weil die ökonomische Basis sowohl für eine sofortige Angleichung der

Lebensbedingungen des Ostens an den Westen als auch für ein 'Weiter so' ohne "nationale Opfer" im Westen fehlt, Gewinner, aber auch zahlreiche Verlierer des Einigungsprozesses geben. Wo die Politik der Einheitsbildung ökonomisch nicht reüssiert und auch nicht auf die nationale Emphase zurückgreifen kann, bleibt eine politisch-kulturelle Neufundierung des Politischen im erweiterten Raum Gesamtdeutschlands beschwerlich. Die Gefahr der Verkapselung der West- und der Ostidentitäten besteht, kurzfristig zeichnet sich keine die nationale Kohäsion fördernde Lösung ab.

Ähnlich schwierig ist aus der Perspektive der Neufundierung nationaler Kohärenz die britische Nach-Thatcher-Ära. Wenn auch häufig dafür gescholten, so präsentierte die Premierministerin doch eine Politik aus einem Guß. Selbst die Ablehnung ihrer Politik geschah innerhalb dieses Referenzrahmens. Die Reformbestrebungen sowohl innerhalb der Labour Party als auch innerhalb der Gewerkschaften wären ohne die Herausforderung des Thatcherismus so nicht denkbar gewesen. Margaret Thatchers politische Konzeption war aber nicht nur relativ konsistent und in der von ihr vertretenen Art und Weise klar, sie war auch eine paradigmatische Antwort auf den Versuch der früheren Premierminister, die seit dem II. Weltkrieg ungelösten wirtschaftlichen Strukturprobleme Großbritanniens durch eine neue Wirtschaftsstrategie zu lösen. Dies hat ihren Nachfolger Major ohne wirkliche Alternativen gelassen. Zurück zur Vor-Thatcher-Ära mag nicht einmal mehr die Opposition gehen, Margaret Thatcher zu imitieren wäre Unsinn, ein neuer paradigmatischer Ansatz steht aber auch nicht zur Verfügung. Was bleibt, ist eine wirtschaftsliberal inspirierte Strategie des "muddling through", die nicht erfolglos sein muß. Was ihr aber fehlt - und damit wären wir wieder beim britisch-deutschen Vergleich -, ist die nationale Symbolik und Kohärenz des Thatcherismus, die dem einzelnen Bürger zustimmend oder ablehnend als Referenzrahmen zur Definition des Politischen als solchem dient.

Nun ist es sicherlich nicht Aufgabe des Staates, auch nicht in begrenzter Weise, Sinnstifter für die Leben seiner Bürger zu sein. Nationale Mobilisierungen enden bekanntlich regelmäßig in nationalen Katastrophen. Eines sollte man sich aber klar machen. Das individuelle Kosten-Nutzen-Denken als Gegenreaktion auf das Ausscheiden gesellschaftlich vermittelter Nützlichkeitsüberlegungen eröffnet dem einzelnen Bürger auch in Fragen seiner Definition der Relevanz individuelle Interessen übergreifender Zusammenhänge neue Wahlchancen. Die Nation wird dabei zu einer

der konkurrierenden Optionen, neben der Gemeinde, der Region und - neuerdings von immer größerem Gewicht - Europa. Der politische Kontinuitätsbruch Ende der 80er Jahre leistet damit einen bemerkenswerten Beitrag zur allenthalben beobachteten und beobachtbaren "Individualisierung" der hoch entwickelten Industriegesellschaften.

## **2. Das ungewisse Schicksal der nationalen Souveränität: Europäisierung**

Die europäische Integration, zu der es weder für Deutschland noch für Großbritannien eine realistische Alternative gibt, hat für beide Länder sowohl politische als auch ökonomische Konsequenzen. Auf politischer Ebene sind Verfassungsfragen von großem Gewicht, da sie nicht zuletzt nach einer Neudefinition des Verständnisses von nationaler Souveränität verlangen. Auf ökonomischer Ebene werden Souveränitätsrechte durch das in beiden Ländern unumstrittene Projekt "Binnenmarkt '92" in großer Zahl de facto aufgehoben bzw. in begleitenden Institutionalisierungsprozessen auf supranationale Organisationen, wie die geplante Europäische Zentralbank, übertragen.

Während andere europäische Staaten in einem keineswegs unumstrittenen Umfang "nur" Hoheitsrechte an Europa verloren, geht es für Großbritannien bei der de jure-Anerkennung dieses faktischen Transfers um eine verfassungspolitische Prinzipienfrage. Die Souveränität des Parlaments ist unteilbar. Sie alleine ist Hort der Demokratie. Eine funktionale Mehr-Ebenen-Sichtweise der Kontrolle über Staatsaufgaben und damit die Möglichkeit der Aufspaltung parlamentarischer Kontrollaufgaben würde dringend eine Neudefinition demokratischer Kontinuität durch eine nach europäischem Vorbild geschriebene Verfassung erfordern, die das nun nicht mehr mit der Realität der parlamentarischen Willensbildung alleine übereinstimmende Verfassungsverständnis kodifiziert und damit festhält, welche Verfassungstraditionen auch angesichts supranationaler Integrationsprozesse nicht zur Disposition stehen. Solange dies nicht geschieht, bleibt die Gretchenfrage, welcher Ebene der Willensbildung - der europäischen oder der britischen - im Konfliktfall in bestimmten Fragen höhere Legitimität zukommt, nicht nur unter Verfassungsrechtlern umstritten.<sup>7</sup> Der einzelne Brite erkennt allerdings in zunehmendem Maße die Chance, die sich aus dem Setzen geschriebener Standards auf europäischer Ebene, z.B. in

Grundrechtsfragen, für ihn ergeben. Einzelne britische Bürger (jährlich zwischen 100 und 200) nutzen die Rechtsverpflichtungen, die ihre Regierung auf europäischer Ebene eingegangen sind, und unterbreiteten ihre Anliegen der europäischen Menschenrechtskommission bzw. dem europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg, wo Urteile beispielsweise zur Prügelstrafe oder zu Bestimmungen des Arbeitsrechts gefällt wurden.

Von der politischen Integration Europas sind aus verfassungstheoretischer Sicht in Deutschland vor allem die Länder betroffen.<sup>8</sup> Sie fürchten einen Souveränitätstransfer zugunsten der europäischen Ebene, der nicht nur eine Reihe ihrer Kompetenzen beschneidet, sondern auch die föderale Ordnung in Frage stellt. Ihre Bedenken haben die Länder spätestens zum Zeitpunkt der Verhandlungen über die Einheitliche Europäische Akte (1986), in deren Verlauf sie eine Verbesserung der Konsultationschancen für die Länder bei Entscheidungen auf europäischer Ebene durchsetzten, in der Öffentlichkeit deutlich artikuliert, und sie wurden nicht müde, ihren Standpunkt immer wieder in den politischen Diskurs einzubringen (zuletzt im Dezember 1990 bei einer Ministerpräsidentenkonferenz, bei der auch der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, Gast war). Argumentativer Eckpfeiler ist das Subsidiaritätsprinzip. Der Hinweis darauf, daß die jeweils unterste politische Ebene solange für Entscheidungen zuständig sein soll, solange sie selbst glaubt, daß kein übergeordneter Regelungsbedarf besteht, ist ein eleganter Weg aus dem Dilemma von Souveränitätsfragen. Pragmatisch und nach Politikfeldern differenziert soll über Kompetenzzuweisungen entschieden werden. Aber auch Lippenbekenntnisse zum Subsidiaritätsprinzip bannen nicht endgültig die Gefahr der Entmachtung der Länder. Die EG könnte mit diesen Bekenntnissen ebensogut das strategische Ziel verfolgen, für ihre irreversiblen strategischen Vorgaben niederrangige administrative Ebenen zu mobilisieren, was alles andere als im Sinne einer Stärkung des föderalen Gedankens wäre.

Es darf durchaus daran gezweifelt werden, daß es den deutschen Ländern auf der einen Seite und dem Unterhaus auf der anderen gelingen kann, den mit der Europäisierung der Politik beider Länder verbundenen Souveränitätsverlust zu verhindern. Die Wahrnehmung der heute umstrittenen Souveränitätsrechte ist ohnehin in beiden Ländern ein Privileg der politischen Exekutiven. Dies führt zu der eigentümlichen Situation, daß die in die Brüsseler Entscheidungsprozesse eingebundenen nationalen Regierungen Souveränitätsfragen mit ihren je eigenen

außenpolitischen Handlungsspielräumen gleichsetzen und nicht direkt vertretene institutionelle Interessen, wie diejenigen des britischen Parlaments oder der deutschen Länderregierungen und -parlamente, in ihrem Gewicht für die Identifikationsmuster der einzelnen Bürger unterschätzen.

Die Dynamik der Europäisierung wird beschleunigt, ja teilweise erst hervorgerufen, durch die ökonomische Integration. Großbritanniens Sonderrolle als Ölproduzent und -exportland ist zeitlich begrenzt, unzweifelhaft von Dauer aber ist die Orientierung seiner Märkte nach Europa. Der für den 1. Januar 1993 angestrebte erweiterte Binnenmarkt basiert auf dem freien Transfer von Kapital, Gütern, Dienstleistungen und Personen. Ökonomische Steuerungsversuche im "nationalen Interesse", die diesen Transfer nicht beeinträchtigen würden, sind kaum denkbar. Die Logik der Angleichung ökonomischer Bedingungen kann sich zudem, wie die vorliegenden Erfahrungen mit dem US-kanadischen Freihandelsabkommen von 1987 (in Kraft seit dem 1.1.89) belegen,<sup>9</sup> auch leicht auf andere politische Bereiche, wie Soziales oder Medien und Kultur ausdehnen, insbesondere dann, wenn die dortigen nationalen Vorgaben unter den Verdacht der Wettbewerbsbehinderung geraten.

Es kann also kein Zweifel darüber bestehen, daß die Basis eines auf die nationale Souveränität bezogenen Kohärenzdenkens bröckelt. Die europäischen Nationalstaaten werden sicherlich nicht über Nacht verschwinden, zumal die Voraussetzung dafür wäre, daß die politischen Eliten, die sie tragen, für ihren eigenen Machtverlust votieren müßten. Für die deutschen Länder bietet sich sogar die Chance einer neuen Rolle im Rahmen des Regionalisierungskonzeptes eines Europas der Regionen. Die ökonomische Dynamik des Binnenmarktes in Verbindung mit dem politischen Sich-Einlassen auf die europäische Dimension hat aber verfassungsändernden Charakter. Briten und Deutsche können sich in ihren täglichen Lebenszusammenhängen zunehmend nicht länger nur auf nationale Weichenstellungen verlassen. Politik wird für sie heute auch auf europäischer Ebene gemacht. Über die weitere Zukunft beider zumindest längerfristig im Wettstreit liegenden Ebenen der Vermittlung eines Bezugsrahmens für individuelle Identitäten, die nationale und die europäische, soll hier nicht spekuliert werden. Unzweifelhaft ist aber, daß sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien ein Attitüdenwandel stattfand bzw. stattfinden muß. Die, wie auch immer derzeit ausgeprägte Identifikation mit Europa tritt neben die nationale Identifikation, was dem einzelnen Bürger ein Abwägen und

Gewichten seiner Zugehörigkeitsgefühle gestattet. Nicht zuletzt von der zukünftigen Bedeutung des für den einzelnen Bürger durch Europa verkörperten politisch-kulturellen Zusammenhalts wird es abhängen, wie heute noch umstrittene Souveränitätsfragen in Zukunft entschieden werden.

### 3. Neue Ebenen politischer Mobilisierung: Regionalisierung

Politische Mobilisierungsprozesse sind auch unterhalb der europäischen und der nationalen Ebene zu beobachten. Zum einen sind diese durchaus "traditioneller" Natur, also solche, die sich im Kontext des westeuropäischen Regionalismus verorten lassen. Solche Regionalismen bemühen sich um die Rekonstruktion der politischen Relevanz des territorialen Bezugsrahmens, dessen Legitimität regionalgeschichtlich und in einem sehr breiten Sinne regionalkulturell definiert wird. Diese politische Rückbesinnung wird aktuell verbunden mit der Perzeption eines sozio-ökonomischen Entwicklungsgefälles, das dem Mythos vergangener Größe und (oft "nationaler") Einheit eine instrumentelle Rolle zuweist. Die Wiedergeburt der politisch-kulturellen Einheit der Region ist damit ein strategisches Mittel zur wirtschaftlichen Gesundung der Region und zur Emanzipation der regionalen Eliten.<sup>10</sup>

Das Paradebeispiel für diesen Fall regionaler Mobilisierung ist Schottland. Neu aufleben ließ das Bild der Diskriminierung dort ein politisch bedingtes Phänomen. In keiner Wahl in den achtziger Jahren gewann die in London regierende Konservative Partei in Schottland eine Mehrheit.<sup>11</sup> Die Wahl von 1987 machte die Konservativen nach schottischen Maßstäben zu einer Kleinpartei in etwa gleichauf mit der sozialdemokratisch-liberalen Allianz.<sup>12</sup> Dies spiegelt einen Trend wider, der sich schon längst auf kommunaler Ebene abzeichnete.

Die Wahlergebnisse sind ein Indiz dafür, daß folgende Wahrnehmung des englisch-schottischen Verhältnisses Platz gegriffen hat: Schottland hat in London eine Regierung, die in ihrer parteipolitischen Ausrichtung nicht dem schottischen Volkswillen entspricht. Sie legitimiert sich über "fremde Mehrheiten" und ist deshalb so etwas wie Fremdherrschaft. Diese Orientierung am imaginären, bestenfalls durch Meinungsumfragen eruibaren Volkswillen verdient im britischen Kontext besonders hervorgehoben zu werden, weil er der gängigen Verfassungsinterpretation diame-

tral entgegengerichtet ist, nach der die Staatsgewalt nicht vom Volk, sondern vom Parlament ausgeht, nicht das Volk ist souverän, sondern das Parlament, der Bürger ist kein "citizen", sondern "subject to the crown". Die Identifikation "fremder Mehrheiten" impliziert also auch die gedankliche Heimholung der Quelle legitimer Machtausübung.<sup>13</sup>

Als fremd und den schottischen wohlfahrtsstaatlichen Traditionen zuwiderlaufend wurde vor allem die vom Thatcherismus geprägte Spielart konservativer Sozial- und Wirtschaftspolitik empfunden.<sup>14</sup> Verstärkt wird die durch Abgrenzung möglich werdende gesamtschottische Identifikation durch gezielte parteipolitische Mobilisierung sowohl der schottischen Nationalisten als auch aller anderen nichtnationalistischen Parteien (mit Ausnahme der Konservativen), die die Forderung nach der Einrichtung eines Parlaments für Schottland als Mindestzugeständnis und nicht länger als exotisch erscheinen läßt.

Zusätzlich zu solchen traditionellen Mobilisierungslinien und diese überlagernd ist aber auch eine regionalisierende Wirkung der EG-Binnenmarktintegration zu erwarten, die den politisch-kulturellen Faktor in die Mobilisierungsphase neu einbringt und definiert. Die ökonomische Integration produziert eigene ökonomische Substrukturen, die kleiner als Bundesländer oder auch sich selbst als Nationen definierende Einheiten, wie Schottland sind. Die Region als integriertes System der Kooperation Staat/Wirtschaft erlebt eine Renaissance.<sup>15</sup> Unter Region in diesem Sinne ist eine funktional tragfähige Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zu verstehen, die die Grundlage einer gemeinsamen Anstrengung zur Förderung der territorialen Entwicklung bieten kann, sei es beispielsweise im Bereich der Zukunftstechnologien, sei es aber auch im Bereich der Umorientierung monostruktureller Abhängigkeit von sogenannten Altindustrien.

Für die Regionen selbst hat diese Ausrichtung der europäischen Integrationspolitik eine Reihe von Konsequenzen: a) Erfolgreich sind Regionen, die lernen, lokale korporatistische Strukturen aufzubauen. "Kooperation", die "gruppenübergreifende Konsensbildung vor Ort", wird zum Produktionsfaktor; das Finden der kostengünstigsten, weil optimal den regionalen Bedingungen angepaßten Lösung zur unmittelbar gewinnbringenden Strategie. Damit sollen die heute noch bestehenden Implementationsprobleme keineswegs geleugnet werden, die bei den Kriterien für eine Abgrenzung von Regionen beginnen und bei inner- und

intra-regionalen Konflikten noch lange nicht enden, zumal die traditionelle Staats- und Verwaltungsorganisation zunächst von der Regionalisierung unberührt bleibt. b) Die Regionalisierung der Wirtschaftspolitik erweitert ihre Dimensionen. "Weiche Standortfaktoren", wie das "Image" einer Region, ihre Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur, die berufliche Qualifizierung vor Ort, sowie die kommunikativen und kulturellen Netzwerke können zu Hilfsgrößen im interregionalen Wettbewerb um den Erhalt, den Ausbau und in Ausnahmefällen auch die Neuansiedelung von Industriebetrieben gemacht werden.

Während die Logik des traditionellen Regionalismus sich darum bemühte zu beweisen, daß die Rekonstruktion von territorialer Identität auch ökonomisch zu sinnvollen staatlichen Subeinheiten bzw. zu überlebensfähigen Kleinstaaten führt, ist der neue Binnenmarktregionalismus ein Konkurrenzphänomen, das seine Dynamik aus dem ökonomischen Druck der Binnenmarktintegration bezieht. Politisch-kulturelle Merkmale einer Region, wie Geschichte und Traditionen, werden als Imagefaktoren erst dann mobilisiert, wenn auf lokaler bzw. regionaler Ebene ökonomische Kooperationsstrukturen entstanden sind. Ökonomisch tragfähig ist diese Art der Regionalisierung allemal, aber schwierig ist ihre politisch-kulturelle Vermittlung. Hinzu kommt ein weiteres: Ökonomische Regionalisierungsprozesse und territoriale, wie administrative Identitätsabgrenzungen überlagern und widersprechen sich sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien. Das alleinige Durchsetzen einer der Regionalisierungsprinzipien (kulturell oder ökonomisch) ist nicht wahrscheinlich. Die zukünftige Gemengelage läßt neue Disparitäten und ungerichteten Interessenpluralismus, also Kohäsionsverluste der Gemeinwesen erwarten. Das Stabilisierungsniveau des Regionalisierungsprozesses und seine Tiefenwirkung sind schwer abzuschätzen.

#### 4. Resümée

Die hier angestellten Überlegungen versuchten, gesamtgesellschaftliche Entwicklungslinien mit den sich für den einzelnen Briten und Deutschen ergebenden Konsequenzen der individuellen Verortung von Identitäten zu verbinden, wobei sich als zentrales politisch-kulturelles Problem die Suche nach kohärenten Definitionen von Lebenszusammenhängen herauszuschälen scheint. Für Deutsche und Briten ist

der politisch-kulturelle Bezugsrahmen ihrer Identitäten pluraler geworden. Individualisierung, Europäisierung und Regionalisierung sind keine neuen Phänomene, ihre Bedeutung dürfte für die Bürger beider Nationen in den neunziger Jahren aber zunehmen. Briten und Deutsche wachsen mehr und mehr in die "postmoderne"<sup>16</sup> Situation der Variabilität ihres politisch-kulturellen Selbstverständnisses hinein. Die Bedeutung der nationalen Identifikation verringert sich, Alternativen zur generellen Regelungskompetenz staatlicher Einheiten scheinen auf. Mehr als früher entscheiden Deutsche und Briten in individueller Verantwortung und als europäische Bürger mit ökonomischen Interessen in ihrer näheren Heimatregion. Die strategische Wahl sozialer Zugehörigkeit dürfte dabei nicht unabhängig von persönlicher materieller und emotionaler Betroffenheit und dem Interesse an sehr spezifischen gesellschaftlichen Anliegen und Politikfeldern sein. Das einfache, schon immer umstrittene Modell, wonach vor allem der Nationalstaat "Heimat" und Quelle einer kohärenten Selbstdefinition des Einzelnen in der Gesellschaft sei, ist endgültig obsolet geworden. Neue kohärente Definitionen politisch-kultureller Standorte sind nun als individuelle Wahlentscheidungen denkbar. Nur in dem Maße, wie politisch-administrative Strukturen die Pluralität dieser Wahlentscheidungen widerzuspiegeln vermögen, werden sie im Bagehotschen Sinne "efficient parts" der jeweiligen Verfassungen sein und zur Kohäsion der Gemeinwesen beitragen.

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Vgl. "Wer sind die Deutschen?" Geheimprotokoll eines von Premierministerin Margaret Thatcher einberufenen Deutschland-Seminars, in: Der Spiegel, 16.7.1990, (109-112).

<sup>2</sup> Vgl. z.B. D.J. ELKINS/ R.E.B. SIMEON: A Cause in Search of Its Effects, or What Does Political Culture Explain?, in: Comparative Politics 11 (1978/79), (127-145).

<sup>3</sup> Vgl. Roland STURM (Hrsg.): Thatcherismus - Eine Bilanz nach zehn Jahren, Bochum 1990 (=ADEF-Reihe Band 15).

<sup>4</sup> Vgl. u.a. Günter GAUS: Wo Deutschland liegt, Gutersloh o.J. Regierungsoffiziell z.B. Hermann AXEN: Zur Entwicklung der sozialistischen Nation DDR, Berlin 1973.

<sup>5</sup> Richard von WEIZSACKER: Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, o.O.(Bonn) o.J (1985), S. 12.

<sup>6</sup> Claus OFFE: Vom taktischen Gebrauchswert nationaler Gefühle, in: Die Zeit, 14.12. 1990, S. 42.

<sup>7</sup> A.W. BRADLEY: The Sovereignty of Parliament - in Perpetuity ?, in: Jeffrey JOWELL/ Dawn OLIVER (Hrsg.): The Changing Constitution, Oxford 1985, (23-47), hier S. 32ff.

<sup>8</sup> Vgl. z.B. Rudolf HRBEK/ Uwe THAYSEN: Die deutschen Länder und die EG, Baden-Baden 1986.

<sup>9</sup> Siehe Rainer-Olaf SCHULTZE: Kanada und die Vereinigten Staaten - Ungleiche Nachbarn in Nordamerika, Augsburg 1989 (= Institut für Kanada-Studien, Universität Augsburg, Analysen und Berichte 3).

<sup>10</sup> Vgl. Rainer-Olaf Schultze/ Roland Sturm: Regionalismus, in: Manfred G. SCHMIDT (Hrsg.): Westliche Industriegesellschaften (= Pipers Wörterbuch zur Politik, Band 2), München/ Zürich 1983, (S. 380-390).

<sup>11</sup> Von den 71 (ab 1983: 72) schottischen Abgeordneten kamen 1979: 22 ( mit 31,4% der abgegebenen Stimmen), 1983: 21 (28,4%), 1987: 10 (24,0%) von der Konservativen Partei. Vier dieser 10 Sitze wurden mit einem Vorsprung von weniger als 2 000 Stimmen errungen, sind also stark gefährdet.

<sup>12</sup> Konservative: 10 Abgeordnete, Allianz 9, SNP 3, Labour: 50!.

<sup>13</sup> Vgl. Jack GEEKIE/ Roger LEVY, Devolution and the Tartanisation of the Labour Party, in: Parliamentary Affairs 42 (1989), (399-411), S. 400ff.

<sup>14</sup> Vgl. A.D.R. DICKSON: The Peculiarities of the Scottish National Culture and Political Action, in: Political Quarterly 59 (1988), (358-368), hier S. 362ff.

<sup>15</sup> Zur Debatte vgl. Heinz KRUSE: Reform durch Regionalisierung, Frankfurt am Main/ New York 1990. Ulrich von ALEMANN/ Rolf G. HEINZE/ Bodo HOMBACH (Hrsg.): Die Kraft der Region: Nordrhein-Westfalen in Europa, Bonn 1990.

<sup>16</sup> Zum theoretischen Hintergrund vgl. Klaus von BEYME: Postmoderne und politische Theorie, in: Politische Vierteljahresschrift 30(1989), (209-229).